

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

***Blockland-Deponie als Standort für erneuerbare Energien nutzen***

Die Nutzung der Blockland-Deponie als Standort für erneuerbare Energien ist nicht nur klimapolitisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Durch die Entwicklung der Entsorgungswirtschaft, die veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen und die von der Stadt Bremen abgeschlossenen Verträge im Abfallwirtschaftsbereich bieten sich alternative Nutzungen der Blockland-Deponie an. Seit In-Kraft-Treten der „Technischen Anleitung Siedlungsabfall“ (TASI) im Juni 2005 darf kein unbehandelter Abfall mehr deponiert werden. Damit erhöhen sich sowohl die Recyclingquoten als auch die energetischen Verwertungen des Mülls. Zudem hat die Stadt Bremen Mitte letzten Jahres einen Vertrag mit der Abfallentsorgung Nord GmbH (ANO) abgeschlossen, wonach der privaten Gesellschaft ca. 80 % der Kapazitäten des Erweiterungsbereichs der Blockland-Deponie überlassen werden.

Aufgrund dieser Gesamtsituation ist neben der geplanten Umstrukturierung eine Neuausrichtung der Bremer Entsorgungsbetriebe unumgänglich. Die regenerative Energieerzeugung als ausbaufähiger Geschäftsbereich bietet sich für diesen Standort an – und die Entwicklung des Energiemarktes hat die ökonomischen Rahmenbedingungen noch verbessert.

Die Gewinnung von Energie aus Wind, Sonne und Biomasse ist ein umweltfreundlicher Entwicklungspfad: Wie z. B. in Hamburg können und sollten am Standort Windenergieanlagen installiert werden. Die erforderliche Sicherung des Altkörpers der Deponie kann mit dessen Nutzung für Photovoltaikanlagen verbunden werden. Und nicht zuletzt ist der Bau einer Biogasanlage ein sinnvoller Baustein einer zukünftigen Ausrichtung des Eigenbetriebs.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Geschäftspolitik der Bremer Entsorgungsbetriebe so auszurichten, dass die Potentiale des Standorts Blockland-Deponie zur Erzeugung „neuer Energien“ in vollem Umfang ausgeschöpft werden.

Dr. Karin Mathes,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen